

KOMMUNALWAHLPROGRAMM 2024

SPD-ILM-KREIS

INHALTSVERZEICHNIS

GUTE ARBEIT – GUTES LEBEN	2
SOZIALES	3
ENERGIE, WOHNEN UND KLIMA	6
KULTUR	7
EHRENAMT	8
BILDUNG	9
MOBILITÄT UND INFRASTRUKTUR	10

GUTE ARBEIT – GUTES LEBEN

Wir setzen uns für gute Arbeit ein, die ein gutes Leben ermöglicht. Dazu gehören eine ausreichende Bezahlung, eine gute Vereinbarkeit von Familie und Beruf, eine qualifizierte Weiterbildung sowie eine gesunde und attraktive Arbeitsumgebung.

Die notwendige Infrastruktur muss erhalten und ausgebaut werden. Dazu zählen zum einen ein leistungsfähiger öffentlicher Nahverkehr, eine flächendeckende Breitbandversorgung, eine moderne Verwaltung und ausreichender Wohnraum. Zum anderen aber auch eine offene, vorurteilsfreie Gesellschaftskultur mit einer attraktiven Kultur- und Freizeitlandschaft, die auch für junge Menschen aus dem Ilm-Kreis und Familien anderer Regionen attraktiv ist. Denn unsere Wirtschaft im Ilm-Kreis kann nur nachhaltig erfolgreich sein und wachsen, wenn sie auch die notwendigen Fachkräfte gewinnen kann.

Um gute Arbeit zu sichern, muss auch die Tarifbindung gestärkt und die betriebliche Mitbestimmung ausgebaut werden. Wir begreifen Gewerkschaften nicht nur als Grundrecht aller Arbeitnehmer*innen sondern auch als wichtige Voraussetzung für eine faire Arbeitswelt. Nur mit einem fairen Ausgleich zwischen Arbeitgeber*innen und Arbeitnehmer*innen ist eine nachhaltige und soziale Entwicklung des Kreises möglich.

Als Arbeitgeber, aber auch Auftraggeber muss der Ilm-Kreis hier mit gutem Beispiel voran gehen. Daher werden wir uns dafür einsetzen, dass das Vergabegesetz, das für öffentliche Aufträge in Thüringen gilt, auch im Kreis angewendet wird. Nur so können wir sicherstellen, dass Unternehmen im Ilm-Kreis, die faire Löhne, gute Arbeitsbedingungen und Umweltstandards einhalten, auch von öffentlichen Aufträgen profitieren.

- Das Ziel ist es, gute Arbeit zu schaffen, die ein gutes Leben ermöglicht. Dazu gehören eine ausreichende Bezahlung, eine gute Vereinbarkeit von Familie und Beruf, eine qualifizierte Weiterbildung und eine gesunde und attraktive Arbeitsumgebung.
- Die notwendige Infrastruktur muss erhalten und ausgebaut werden. Dazu zählen ein leistungsfähiger öffentlicher Nahverkehr, eine flächendeckende Breitbandversorgung, eine moderne Verwaltung und ausreichender Wohnraum. Aber auch eine offene Gesellschaftskultur mit einer attraktiven Kultur- und Freizeitlandschaft. Insbesondere bei größeren Ansiedlungen am Erfurter Kreuz ist auf den gleichzeitigen Ausbau der begleitenden Infrastruktur zu achten.

Bei Förderung von Großansiedlungen durch das Land müssen auch entsprechende Infrastrukturförderungen aufgelegt werden.

- Um gute Arbeit zu sichern, muss die Tarifbindung gestärkt und die betriebliche Mitbestimmung ausgebaut werden. Gewerkschaften werden als Grundrecht aller Arbeitnehmer*innen und als wichtige Voraussetzung für eine faire Arbeitswelt.
- Das Thüringer Vergabegesetz soll auch auf den Kreis angewendet werden.
- Der Kreis und die kreiseigenen Betriebe sollen attraktive Arbeitgeber sein. Es soll über Teilzeitarbeitsmodelle und die Möglichkeit zur 4 Tage Woche nachgedacht werden, um jungen Menschen attraktive Arbeitsbedingungen zu bieten die Familie und Arbeit miteinander vereinbaren lässt. Wir setzen uns in Tarifverhandlungen für eine fortlaufende Überprüfung und ggf. tarifkonforme Anpassung der Eingruppierungen ein.
- Eine tragende Säule der Fachkräftesicherung ist eine gute duale Ausbildung. Hier setzen wir auf den Erhalt und innovativen Ausbau unseres Berufsschulnetzes. Besonders wichtig ist die Stärkung des ÖPNV zur Erreichung der Standorte.
- Förderung von Berufs- und Bildungspartnerschaften zwischen Bildungseinrichtungen/Schulen und Unternehmen.

SOZIALES

- Wir setzen uns für die Fortschreibung des Migrationskonzeptes des IIm-Kreises ein. Damit soll eine Grundlage geschaffen werden, um die Herausforderungen, die Integration und Migration für die Kommune mitbringen, zielgerichtet zu lösen. Hierfür erachten wir es als erforderlich, dass die Ausländerbehörde personell, sachlich und organisatorisch bedarfsgerecht und damit in jeglicher Hinsicht besser ausgestattet wird.
- Wir wollen das Angebot von Sprach- und Integrationskursen ausbauen.
- Als SPD IIm-Kreis ist es für uns selbstverständlich, dass wir die IIm-Kreis-Kliniken als kommunale Gesundheitseinrichtung stärken und beide Hauptstandorte in Arnstadt und Ilmenau erhalten wollen. Dabei müssen die Grundlagen dafür geschaffen werden, dass die

Kliniken als konkurrenzfähiger Arbeitgeber attraktiv für junge und etablierte Ärztinnen und Ärzte sowie für die Pflegekräfte bleibt.

- Wir fordern eine Kommunalisierung von Pflegeeinrichtungen. Die Arbeit in der Pflege ist oft prekär. Als kommunale Einrichtung können wir gute Arbeitsbedingungen für das Fachpersonal ermöglichen. Wir wollen die Vernetzung und Vermittlung von Beratungs- und Nutzungsangeboten durch Sozial- und Pflegekoordinator*in sowie Anlaufstellen als „Pflegestützpunkte“ für Betroffene und deren Angehörige schaffen.
- Wir wollen längeres gemeinsames und generationsübergreifendes Wohnen fördern. Dafür müssen zusammen mit den Wohngenossenschaften und Sozialverbänden Wohnraumkonzepte entwickelt und umgesetzt werden. Somit können beispielsweise Rentnerinnen und Rentner, ohne auf familiäre Unterstützung angewiesen zu sein, außerhalb von Pflegeeinrichtungen wohnen und in Gesellschaft leben. Die Kommune kann dafür die Koordinierungsleistung anbieten und Wohngenossenschaften und Sozialverbände zusammenführen.
- Im IIm-Kreis gibt es nicht genug altersgerechten Wohnraum. Wir fordern mehr Investitionen in barrierefreie Wohnräume.
- Private Wohnungskonzerne sollen eine Selbstverpflichtung eingehen und mindestens 20 Prozent an freiwerdenden Wohnungen altersgerecht umbauen.
- Wir wollen die Quartiersarbeit ausbauen. Mit der Schaffung kommunaler Begegnungszentren schaffen wir die Voraussetzung für Angebote für Jung und Alt. Damit unterstützen wir vor allem die Förderung der Teilhabe an der Gesellschaft für Seniorinnen und Senioren.
- Wir setzen uns für den Erhalt und bei Bedarf für den Ausbau von ausreichend Schul- und Kitaplätzen sowie von bezahlbarem Wohnraum ein. Dies gelingt nur, wenn der IIm-Kreis ein attraktiver Arbeitgeber ist und sich diesbezüglich, am Wettbewerb orientiert, stetig weiterentwickelt.
- Mobilität ist für die Teilhabe an der Gesellschaft entscheidend. Für viele Menschen ergeben sich im öffentlichen Raum Hindernisse, etwa für Seniorinnen und Senioren oder für Familien mit Kindern. Wir fordern Barrierefreiheit in allen öffentlichen Gebäuden, von Plätzen und Bushaltestellen. Dafür muss die Verwaltung die Fördermöglichkeiten des Bundes konsequent nutzen.

- Die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben darf nicht von den finanziellen Voraussetzungen der Menschen abhängig sein. Wir werden nach Möglichkeiten suchen, um Hürden der gesellschaftlichen Teilhabe abzubauen und bestehende Möglichkeiten erhalten.
- Wir wollen die Teilhabe von Menschen mit Handicap stärken. Der Kreis soll Möglichkeiten der Förderung von inklusiven Angeboten in Sport- und anderen Vereinen identifizieren und bei der Umsetzung unterstützen. Außerdem wollen wir einen Tag des Behindertensports etablieren, um Möglichkeiten bekannt und sichtbar zu machen.
- Wir wollen die bestehenden Angebote zur Verbesserung der Schwimmfähigkeit von Kindern ausbauen und prüfen, inwiefern die Vergabe der vorhandenen Kapazitäten optimiert werden kann. Der Schulschwimmsport muss dabei besonders berücksichtigt werden.
- Wir wollen einen Kümmerservice für Seniorinnen und Senioren schaffen. Dieser soll sie und ihre Angehörige etwa bei Fragen zur Beantragung von Grundsicherung, Wohngeld, Pflegestufen usw. unterstützen.
- Wir installieren für jeden Ort im IIm-Kreis zwei Mal in der Woche einen mobilen Kümmerservice. Dafür sollen in den Ortschaften vorhandene Infrastruktur, wie etwa Pfarrhäuser oder Räumlichkeiten der Freiwilligen Feuerwehren, genutzt werden.
- Wir wollen soziale Unterstützungsangebote auf Grundlage des Sozialatlas des IIm-Kreises zielgerichtet nach Planungsräumen ausrichten.
- Wir fordern Bereitstellung von kostenfreien Periodenprodukten in öffentlichen Einrichtungen.

ENERGIE, WOHNEN UND KLIMA

Der Klimawandel und die daraus resultierenden Folgen sind bei allen zukünftigen kommunalen Entscheidungen zu berücksichtigen. Wir setzen uns daher für transparente Entscheidungsprozesse unter Beteiligung der Bürger*innen ein.

- Wir engagieren uns für regional angepasste Klimaanpassungsstrategien hinsichtlich Planung, Bauen, Mobilität, Landwirtschaft und Katastrophenschutz. Dazu sind eine flächendeckende Wärmeplanung und CO₂-Reduzierungskonzepte notwendig.
- Die Nutzung von Abwärme von Einzelbetrieben und Industriegebieten wie dem Erfurter Kreuz für Nah- und Fernwärmenetze ist zu fördern und bei der Planung stärker zu berücksichtigen.
- Wir fordern den Ausbau der Energieberatung für Bürger*innen und Firmen sowie der Beratungsangebote zu Fördermöglichkeiten.
- Eine zuverlässige und bezahlbare Energieversorgung ist eine öffentliche Grundaufgabe sowie ein zentraler wirtschaftlicher Standortfaktor. Wir wollen eine Weiterentwicklung der kommunalen Energieversorger und Verteilernetze im Hinblick auf eine unabhängige dezentrale Erzeugung mit regenerativen Energien sowie eine Zusammenarbeit auf Kreisebene (perspektivische Entwicklung der Stadtwerke hin zu einem Kreiswerk).
- Die Förderung und fachliche Unterstützung von Bürger*innenenergiegenossenschaften als wichtiger Bestandteil einer ökologischen Energieerzeugung ist auszubauen.
- Alle kommunalen Vorschriften für den Ausbau privater, gewerblicher und öffentlicher regenerativer Energieerzeugungsanlagen sind mit dem Ziel des Abbaus bürokratischer Hürden zu prüfen.
- Wir setzen uns für eine gleichwertige Infrastruktur in allen Ortsteilen ein. Eine gute Erreichbarkeit von überörtlichen Einrichtungen und Angeboten für Bildung, Verwaltung sowie Gesundheit ist für jeden Bürger zu ermöglichen.
- Das Ziel des Wohnungsbaus muss vorrangig die Schaffung von bezahlbarem, angemessenem und nachhaltigem Wohnraum sein. Dies umfasst die Bereitstellung von kommunalem Bauland sowie die Unterstützung genossenschaftlicher Wohneinheiten und generationsübergreifender Lebenskonzepte.

- Für bauwillige Familien sind barrierefreie Beratungsangebote zu schaffen, um die Bandbreite aller Fördermöglichkeiten zugänglich zu machen. Für Wohnungsbauprojekte sind dazu ausreichende Mittel auf Landes- und Bundesebene einzufordern.
- Baustandards und Vorgaben sind im Sinne alternativer, kostengünstigerer sowie schnellerer Wohnraumschaffung zu überarbeiten. Alle Kommunen sind hinsichtlich dieses Ziels zu sensibilisieren und besser zu vernetzen.
- Wir setzen uns für die Nutzung von regionalem Holz als nachhaltiges Baumaterial im Wohnungsbau ein.
- Die Sanierung von Bestandsobjekten und die Umwidmung nicht genutzter Gewerbeflächen sind gegenüber dem Neubau zu bevorzugen, um die Ortskerne zu beleben.
- Der soziale Wohnungsbau muss wieder ausgeweitet werden, um Geringverdiener*innen einen angemessenen Wohnraum zu ermöglichen und lokal angespannte Marktsituationen zu entschärfen.

KULTUR

- Für uns ist klar, dass eine ausreichende Finanzierung von Volkshoch- und Musikschule auch in Zeiten knapper Kassen niemals zur Debatte stehen darf. Letztliches Ziel ist das Ende der prekären Beschäftigungsverhältnisse an der Musikschule.
- Wir wollen die Förderung lokaler Kultureinrichtungen mit überregionaler Bedeutung erreichen.
- Wir setzen uns für die weitere Stärkung und Förderung lokaler Projekte über die Trägerschaft der kreiseigenen Einrichtungen ein.
- Eine Infrastrukturpauschale zum Erfurter Kreuz muss auch eine Stärkung der kulturellen Einrichtungen zum Inhalt haben. Es darf nicht vergessen werden, dass nicht nur Straßen zur Infrastruktur zählen, sondern auch Schulen, Turnhallen und eben auch Kultureinrichtungen.
- Eine Erhöhung des Förderbudgets und eine weitere Vereinfachung der Förderkonditionen ist Basis für die bessere finanzielle Unterstützung der Vereinsarbeit im IIm-Kreis. Wir wollen verlässliche Förderbedingungen für die Vereine schaffen.

EHRENAMT

- Wir wissen, dass ehrenamtliches Engagement den gesellschaftlichen Zusammenhalt stärkt und daher wollen wir dieses stärker unterstützen.
- Wir sind davon überzeugt, dass das Gefühl von Wohlstand und Sicherheit wesentlich zur Bereitschaft für ehrenamtliches Engagement beiträgt.
- Es ist für uns besonders wichtig, nicht nur Leistung zu fordern, sondern auch die Regeln einer Solidargemeinschaft zu vermitteln.
- Weil freiheitliche und solidarische Werte ein individuelles Gerechtigkeitsempfinden und das Bewusstsein für die Bedürfnisse und Nöte anderer Menschen fördern, setzen wir uns für diese Werte gezielt auf allen Ebenen ein.
- Gute Vereinsstrukturen fördern die Einbindung der bzw. des Einzelnen in die Gesellschaft und müssen daher gestärkt werden.
- Damit die Menschen aber Zeit und Möglichkeiten für ein gesellschaftliches Engagement haben, müssen die Rahmenbedingungen dafür Raum lassen, angefangen bei flexiblen Arbeitszeiten bis zu Entlastungen oder Vergünstigungen für Ehrenamtliche. Auch hierfür setzen wir uns ein.
- Wir fordern daher als konkreten ersten Schritt, die Erweiterung der Aufwandspauschalen über die Freiwillige Feuerwehr hinaus auf alle im Bereich der Rettungsdienste und Katastrophenschutz Tätigen (so auch Berg- und Wasserwacht, Technisches Hilfswerk – Hundestaffel).

BILDUNG

- Wir setzen uns für kurze und sichere Schulwege ein, die für die Schülerinnen und Schüler sicher sind. Hierfür sind alle Schulstandorte zu erhalten und die kleinen Schulstandorte zu stärken.
- Wir sind überzeugt, dass längeres gemeinsames Lernen, Inklusion und Ganztagsbetreuung wichtige Elemente für eine gute und gerechte Bildung sind. Daher wollen wir die entsprechenden pädagogischen Konzepte stärken und an allen Schulen im ILM-Kreis etablieren. Schulzusammenschlüsse sollen gefördert werden.
- Das Angebot an Hort- und Ferienbetreuung soll ausgebaut werden, da wir überzeugt davon sind, dass in den Schulen die beste Förderung und Unterstützung der Kinder und Jugendlichen ermöglicht wird.
- Zum Ausbau des Ganztagskonzepts und der Stärkung von Hort- und Ferienangeboten der Schulen soll sich der Kreis dafür einsetzen, dass alle Horterzieherinnen und Horterzieher eine Vollzeitstelle erhalten.
- Um die gezielte Förderung und Inklusion aller Schülerinnen und Schüler zu unterstützen und die Lehrerinnen und Lehrer zu entlasten, wollen wir für jede Schule eine Vollzeitstelle in der Schulsozialarbeit, der Schulverwaltung sowie der pädagogischen Assistenz schaffen. Große Schulen sollen entsprechend mehr Personal erhalten.
- Die Ernährung unserer Kinder und Jugendlichen ist uns wichtig. Daher muss Essen in Schulen und Kindertageseinrichtungen gesund, qualitativ hochwertig und kostenlos sein. Wir wollen die Einrichtung vollwertiger Küchen in Kindertageseinrichtungen und Schulen bei Um- und Neubauten durch erhöhte finanzielle Förderung durch den Landkreis zum Standard machen sowie bestehende Küchen ertüchtigen und aufwerten. Dadurch sollen die frische Zubereitung des Essens und das Angebot verbessert werden.
- Bildung denken wir ganzheitlich von der Geburt an. Wir wollen daher die Zusammenarbeit zwischen Schulen und Kindertageseinrichtungen verbessern und so den Übergang in die Schulen bestmöglich gestalten.
- Auch außerhalb der Schulen sollen Kinder- und Jugendliche stärker unterstützt werden. Hierfür wollen wir die bestehenden Angebote der Jugendsozialarbeit fördern und weiter ausbauen. Die Zusammenarbeit von Schulsozialarbeit und Jugendsozialarbeit wollen wir stärken.

- Durch Aufhebung der Schulbezirke wollen wir den Wettbewerb zwischen den Schulen stärken. Dies sorgt für einen freien Wettbewerb zwischen den besten pädagogischen Konzepten und gewährt den Eltern Wahlfreiheit. Ziel ist es dabei, Gastschulanträge und damit den bürokratischen Aufwand erheblich zu reduzieren. Bei diesem erleichterten Vergabeverfahren von Schulplätzen soll die Wohnortnähe entscheidendes Kriterium bleiben.

MOBILITÄT UND INFRASTRUKTUR

Die SPD Ilm-Kreis setzt sich für eine nachhaltige und auf die Zukunft gerichtete Mobilität und Infrastruktur für die Menschen vor Ort ein.

Das bedeutet für Sie konkret:

MOBILITÄT

- Angebotsorientierte attraktive Gestaltung des Busliniennetzes und der Fahrpläne mit einem Knotenkonzept in Arnstadt, Ilmenau und Stadtilm für einen reibungslosen Umstieg auf andere Bus- und Bahnverbindungen
- Aufbau eines flächendeckenden Bürger*innen-Service-Bus-Konzeptes (Bürgerbus) im ländlichen Raum durch Unterstützung von kommunaler Beratung, digitalen Verwaltungsprozessen zur Ermöglichung der Grundbedürfnisse des täglichen Lebens (medizinische Versorgung, Lebensmitteleinkauf, Bankgeschäfte etc.)
- Ein für alle Schüler*innen kostenfreies 49€-Ticket, um größtmögliche Freiheit bei der Mobilität zu schaffen und das Ehrenamt zu stärken
- Schaffung eines 28-Euro-Ticket für Menschen unter 28 Jahren
- Schaffung eines 28-Euro-Tickets für Senior*innen
- Perspektivisch wollen wir auf die ticketlose Nutzung des ÖPNVs hinarbeiten
- Entwicklung eines ggf. an den ÖPNV angeschlossenen Mobilitätssharing-Konzeptes (Autos, E-Roller, Fahrräder, E-Bikes)

INFRASTRUKTUR

- Kommunalisierung aller Netze der Grundversorgung (u.a. Wasser, Strom, Gas, Fernwärme, Funknetz, Internet)
- Schließung von Funklöchern, insbesondere in Ortschaften und an Bahnstrecken
- Ausbau der Grundversorgung an Waren des alltäglichen Bedarfs im ländlichen Raum (z. B. 24h-Selbstbedienungsläden)
- Ausbau des Radverkehrskonzeptes und Schaffung von Radwegen neben allen Kreisstraßen
- Ausbau der Ladeinfrastruktur für E-Mobilität und Wasserstoff
- Schaffung eines Regionalbahnhaltes an der Schnellfahrstrecke bei Wümbach bei gleichzeitiger Aufrechterhaltung des bestehenden Angebots auf der Strecke Ilmenau-Erfurt
- Zügige und umfassende Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes (OZG) und Reduktion des Schriftformerfordernisses auf dringend Notwendiges
- Gestaltung durchdachter auf den digitalen Raum zugeschnittener Prozesse im Antragswesen z.B. Onlinebeantragung eines Führerscheines
- Ausbau des digitalen Zuganges zu Informationen (Open Data) des Ilm-Kreises, seiner Ämter und Behörden sowie des Kreistages in geeignete Form und Schaffung gängiger Schnittstellen zur automatischen Verarbeitung